

Rede zum Haushalt 2021

des Kreises Steinfurt

Jan-Niclas Gesenhues

22.02.20201

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich wirklich auf die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren in dieser Wahlperiode. Ich glaube, dass wir in einer sehr spannenden, aber auch sehr wichtigen Zeit Politik machen. Wir befinden uns akut in der Coronakrise mit all ihren gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Wir sind direkt für das Krisenmanagement bei uns im Kreis zuständig und haben hier als Politik und Verwaltung Handlungsfähigkeit bewiesen.

Wir machen aber auch in einer sehr wichtigen Zeit Politik, weil der Blick in die nahe Zukunft nicht kleinere, sondern eher noch größere Herausforderungen für uns bereithält. Denn uns bleibt nicht mehr viel Zeit, um Klimakrise und Artensterben noch in den Griff zu bekommen. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, um bei den großen Umwälzungen der Digitalisierung den Anschluss zu behalten, um uns zukünftig besser für Pandemien und globale Ausnahmesituationen zu wappnen. Und dazu müssen wir konkret bei uns im Kreis Steinfurt einen Beitrag leisten.

Ich glaube, dass wir diese Herausforderung nur dann in den Griff bekommen, wenn Politik bereit ist, aktiv zu gestalten. Nur wenn wir heute Dinge verändern und aktiv die Weichen stellen, bewahren wir das, was uns lieb ist, und sichern die Lebensmöglichkeiten kommender Generationen. Nicht das Weiter-So, nicht das kleine Korrigieren, wenn man von Krisen getrieben ist, sichert Zukunft, sondern aktive Politik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in dieser Wahlperiode aktiv Politik machen. Diese 20er Jahre werden entscheidend sein!

Aber um gestalten zu können, braucht es auch die notwendigen Ressourcen. Sparen mit der Rasenmähermethode funktioniert genauso wenig, wie sorgloses Geldausgeben zulasten der Kommunen. Wir müssen heute in den entscheidenden Bereichen investieren - Klimaschutz, Bildung und Jugendhilfe, nachhaltige Mobilität, Digitalisierung, Prävention. Für uns gilt: Mehr politische Initiativen und mehr Investitionen in Zukunftsprojekte.

Natur- und Klimaschutz

Zu solchen politischen Initiativen gehört eine ganze Reihe von Anträgen meiner Fraktion, die darauf abzielen, die vielen Defizite beim Arten- und Naturschutz abzustellen. Zum Beispiel zur finanziellen und personellen Stärkung der Naturschutzverwaltung und der biologischen Station. Denn ich erinnere auch dieses Mal wieder daran, wie in jeder Haushaltsrede bisher: Wir sind

mitten drin in einer menschengemachten Aussterbekatastrophe! Und jedes Mal wenn eine Art geht, reißt sie eine Laufmasche in das Netz der Arten, das die Grundlage unserer Existenz ist.

Wir müssen also ganz grundlegend etwas ändern: Indem wir die Flächenversiegelung stoppen, indem wir der Natur wieder mehr Raum geben, indem wir Pestizide massiv reduzieren und indem wir mehr Vielfalt in die Landschaft bringen, indem wir Bäuerinnen und Bauern bei der Pflege einer echten Kulturlandschaft unterstützen und indem wir unsere Wälder erhalten und schützen.

Dabei gilt: Naturschutz und Klimaschutz können nur gemeinsam erfolgreich sein. Jedes Zehntelgrad Klimawandel heizt das Artensterben an. Gleichzeitig sind natürliche Ökosysteme - gerade Moore, Wälder, Feuchtgebiete, Gewässer - wichtige Verbündete beim Klimaschutz, da sie große Mengen CO₂ binden. Zudem sind sowohl die Klimakrise als auch der Verlust der Biodiversität existenzielle Bedrohungen für das Leben auf dieser Erde. Daher müssen beide als Teil der ökologischen Krise wirksam bekämpft, statt gegeneinander ausgespielt oder instrumentalisiert zu werden. Wir brauchen mehr Investitionen in natürlichen Klimaschutz und gleichzeitig in eine naturverträgliche Energiewende.

Und an der Stelle muss ich auch nochmal leider sagen, dass beim Klimaschutz bei der Verwaltungsspitze Reden und Handeln nach wie vor weit auseinander klaffen. Besonders schade ist dies, weil wir im Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit großartige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben – mit viel Kreativität und Gestaltungswillen. Wir könnten schon weiter sein, wenn wir diese Arbeit politisch und finanziell besser unterstützen würden.

Kommunen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Themen, die ich bisher angesprochen habe, kommen wir nur weiter, wenn unsere Kommunen im Kreis Steinfurt handlungsfähig bleiben. Es muss uns daher ein Anliegen sein, gerade in dieser Krisensituation die Kommunen zu entlasten. Wir wollen dies ausdrücklich nicht dadurch tun, dass wir die Coronakosten zukünftigen Generationen aufbürden. Aber der Gesetzgeber gibt die Möglichkeit, die Corona bedingten Kosten zumindest erstmal bis 2025 zu isolieren. Damit geben wir den Kommunen in dieser akuten Krisensituation mehr Luft zum Atmen. Und diesen Schritt sollten wir auch gehen.

FMO

Beim Thema Finanzen kommen wir auch nicht am FMO vorbei. Zu den 2014 und 2015 zugesagten Eigenkapitalerhöhung und Gesellschafterdarlehen von insgesamt über 110 Mio. Euro gesellen sich mittlerweile weitere, geplante Gesellschafterdarlehen, die sich entsprechend des Finanzierungskonzeptes 2 bis 2030 auf über 50 Mio. Euro summieren. Hinzu kommen drittens die geforderten 30 Mio. Euro an Corona-Hilfen für 2020 bis 2022. Hier zeigt sich ein Fass ohne Boden für unsere öffentlichen Gelder. Diese Subventionspolitik steht im Widerspruch zu unseren Klimazielen und verhindert, dass mehr Geld in wichtige Infrastruktur, zum Beispiel Schulen, Kitas, Bus- oder Bahnverkehr investiert werden.

Wir wollen deshalb die dauerhafte Subventionierung des FMO aus kommunalen Mitteln in Millionenhöhe beenden, gute und zukunftsfeste Beschäftigung sichern und dabei finanzielle und ökologische Nachhaltigkeit als Querschnittsziele miteinander verbinden. In dieser Lage Verantwortung zu übernehmen, bedeutet, sich jetzt zu kümmern und einen Konversionsprozess für mehr Zukunftsinvestitionen statt Flughafensubventionierung einzuleiten.

Kinder und Jugendliche

Ein Zukunftsthema per Definition sind Kinder und Jugendliche. In seiner HH-Rede beklagte der Landrat für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe lediglich den erneuten Anstieg der Jugendamtsumlage, erwähnte aber mit keiner Silbe, was dafür die Ursache ist bzw. was dafür seitens des Kreises für Kinder, Jugendliche und ihre Familien getan wird. Der Bedarf an neuen KiTas steigt weiter an, allerdings auch der Aufwand für die stationäre Jugendhilfe. Das eine ist erfreulich, das andere muss uns bedenklich stimmen. Aber wir warnen davor, Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien vorrangig als finanzielle Belastung zu sehen.

Die Pandemie wirkt sich zusätzlich und grundlegend belastend auf das Leben von Kindern und Jugendlichen aus. Durch den Verzicht auf Kontakt zu Freunden, auf Kita- und Schulbesuche, Sport- und Freizeitangebote sowie außerschulische Lernerfahrungen müssen sie einen erheblichen Teil zur Krisenbewältigung beitragen.

Das Kreisjugendamt muss sicherstellen können, dass Kinder und Jugendliche bei uns im Kreis Steinfurt gut und vor allem sicher aufwachsen können – und hat damit eine gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgabe zu erfüllen. Wenn Teilhabe, Chancengerechtigkeit, Kinderrechte und Kinderschutz nicht nur leere Schlagwörter sein sollen, braucht es dafür die richtigen Rahmenbedingungen. Mit Blick auf die Jugendamtsumlage bedeutet das aus unserer Sicht, keine Diskussionen über Leistungsminderungen für Kinder, Jugendliche und Familien zu führen, sondern Bund und Land deutlich mehr in die Pflicht zu nehmen.

Vielfalt und Soziales

Die tatsächlichen Auswirkungen der Pandemie sind nicht nur bei Kindern und Jugendlichen bei weitem noch nicht absehbar. Es ist davon auszugehen, dass es vielen Menschen finanziell schlechter gehen wird und, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften wieder ansteigt. Auch weil viele Unternehmen und Selbstständige nach wie vor in einer wirtschaftlich extrem angespannten Situation sind. Wir wollen das gut in den Blick nehmen, um frühzeitig geeignete Strategien entwickeln zu können. Wir werden darum in Kürze beantragen, dass ein „Runder Tisch Armut“ eingerichtet wird und, dass es mindestens einmal jährlich einen Armutsbericht des Kreises geben soll.

Zum Abschluss noch ein paar Worte zu unserer Personalpolitik. Joe Biden hat während seines Wahlkampfes und auch danach immer wieder betont, dass er eine Regierung möchte, die so

aussieht wie Amerika. Ich würde mir wünschen, dass wir im Kreis Steinfurt auch einen Kreistag und eine Kreisverwaltung hätten, die so aussehen wie die Bevölkerung im Kreis Steinfurt.

Das ist eine Frage von demokratischer Repräsentation, aber das ist auch eine Frage von guter Politik. Denn nur dann, wenn wir alle Perspektiven breit abbilden, glaube ich, kommen wir zu guten politischen Entscheidungen.

Und das heißt endlich mehr dafür zu tun, dass Frauen stärker in Führungspositionen berücksichtigt werden. Endlich mehr dafür zu tun, dass junge Menschen viel stärker zu Wort kommen, genauso wie Menschen mit Diskriminierungs- oder Zuwanderungserfahrungen.

Ich meine, schauen Sie sich mal die Zusammensetzung dieses Kreistags an. Schauen Sie sich die Zusammensetzung an und überlegen Sie sich mal ob - ich sag mal - die Bevölkerungsgruppe unter 40 und erst recht die Bevölkerungsgruppe unter 30 hier angemessen vertreten ist? Wo sind die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte? Wo ist ihre Perspektive, wo ist die Perspektive der Menschen, die in ihrem Alltag regelmäßig Diskriminierungen erfahren? Sei es bei der Wohnungssuche, sei es bei der Jobsuche, sei es im Kontakt mit staatlichen Behörden oder Sicherheitsorganen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir müssen mehr dafür tun, damit Kreisverwaltung und Kreistag endlich so aussehen wie die Bevölkerung im Kreis Steinfurt. Und ich denke, wir sollten das konkret über den Stellenplan und über den Haushalt angehen, das in den strategischen und operativen Zielen abbilden und entsprechende Programme auch mit ausreichend Ressourcen unterlegen.

Und ich werbe sehr dafür, dass wir die Offenheit dafür haben und den Mut haben, das anzugehen. Es ist im Interesse von uns allen, Demokratie breit zu stärken, sie gesellschaftlich zu verankern, auch, um den geistigen Brandstiftern und rechtsextremen Hetzern keinen Fuß breit an Boden zu bieten.

Ich wünsche uns allen in dieser anstehenden Wahlperiode gute Debatten und zukunftsweisende politische Beschlüsse. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung danke ich sehr für Ihren Einsatz und die Bearbeitung unserer politischen Initiativen.

Insbesondere der Kämmerei und dem Hauptamt danke ich für die Erarbeitung des Haushalts- und Stellenplans. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.